

Sächsische Volkszeitung

Preisabrechnung: Wochentäglich frei Haus Ausgabe A mit illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Postporto und Gelb. Preis der Einzelnummer 30.-.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorw. — Preis für die
Viertel-Spalte aller Anzeigen **1,40 M.**, im Reklometall **3,50 M.** — Für unbedingt geforderte sowie durch
Ansprecher ausgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Sturmzeichen

Eine Voraussetzung der demnächst sich entwickelnden politischen und parlamentarischen Kämpfe vermittelt und die jetzt schon in der Presse so ziemlich aller Partien sich erwartet gegenüber den neuen Steuervorlagen der Reichsregierung. Wie die Lage besonders merkwürdig gestaltet ist, aber die Tatsache, daß diese ablehnende Kritik nicht allein in den Oppositionsparteien geübt wird, sondern daß an ihr eine in der gegenwärtigen Regierung bestimmend mitwirkende Partei, nämlich die **Republikanischsozialdemokratie**, sich beteiligt. Es ist ein unter den parlamentarischen Verhältnissen ganz besonders merkwürdiger Zustand, daß diese Partei nicht nur in ihrer Presse sondern auch in ihren verantwortlichen Parteileitergesamten zum schärfsten Kampf gegen ein Finanzprogramm auftritt, das die Vertreter dieser Partei im Kabinett doch letzten Endes mitunterzeichnet haben. Es kommt gar nicht darauf an, ob die der Sozialdemokratie angehörenden Minister gegen das Programm stimmt und sich letzten Endes nur der Mehrheit fügten, dadurch, daß sie aus ihrer Ablehnung nicht die Konsequenzen ziegen und aus der Regierung austreten, haben sie auch ihrerseits das Programm als Ganzes gebilligt. So und nicht anders muß unter den parlamentarischen Verhältnissen die gegenwärtige Lage betrachtet werden. Bei den Steuervorlagen handelt es sich um eine Aktion des gesamten Kabinetts, die Vorlagen sind daher auch, ganz gleich, ob die sozialdemokratischen Mitglieder gegen sie stimmen oder nicht, im Eßeff gedeckt durch die Stimmen der der Sozialdemokratie angehörenden Minister. Eine sozialdemokratische Kritik, oder gar ein Kampf der sozialdemokratischen Partei gegen dieses Kabinett wegen des Steuaprogramms würde damit auf eine Kritik und auf eine Belämmirung der sozialdemokratischen Minister selber hinauslaufen.

Was erleben wir nun aber? Am Sonntag tagte der Brandenburger Bezirkstag der Mehrheitssozialdemokraten, bei der der Parteivorsitzende, Otto Wels, also eine führende und bestimmende Persönlichkeit in der mehrheitssozialdemokratischen Partei, das Referat über die politische Lage hielt. Dabei brachte Wels bei der Besprechung der neuen Steuern, von denen er allerdings sagt, daß der Versailler Vertrag auf das Erfurter Programm gar keine Rücksicht genommen habe, zum Ausdruck, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern für die sozialdemokratische Partei unannehmbar seien. Die Resolution führt dann fort: „Der Bezirkstag wünscht im Falle des Festhaltes der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuergesetzes die Neuwahl des Reichstages. Durch Befragung des Volkes soll dann klargestellt werden, welche Steuer das deutsche Volk tragen kann.“

So stehen wir einen ganz eigenartigen Zustand: Die Sozialdemokraten rufen zum Sturze einer Regierung auf, in der sie selber vertreten sind, in der sie mit die wichtigsten Posten innehaben und sie verlangen nach Neuwahlen, die doch unter diesen Umständen logischerweise gar keinen anderen Zweck haben könnten, als die Sozialdemokratie selber in ihren Ministern gehörig zu rütteln. Wenn man nicht annehmen will, daß die Sozialdemokraten mit diesem Schachzug eine Selbstmord-Politik betreiben wollen — das fällt ihnen natürlich gar nicht ein, denn es handelt sich bei ihrem jetzigen Verhalten um eine raffinierte Agitation — dann haben wir es mit nichts anderem zu tun, als mit einer Moral mit doppeltem Boden.

Wie stellt sich denn die Sozialdemokratie die Durchführung von Reichstag-Wahlrechten mit der Steuerparole vor? Ganz gewiß ist eine solche Parole sehr zugünstig für die Sozialdemokratie, nicht minder aber auch für die Oppositionsparteien des Rechten und teilweise doch wohl auch für die Regierungsparteien der Mitte. Denn den von den Sozialdemokraten geforderten Eingriff in die Vermögenssubstanz durch Überleitung von Besitzantellen in die Hände des Reiches schenkt mit allerdrücklichster Schärfe gerade diesen Kreise ab, die sich heute in den Rechtsparteien sammeln und auch die Regierungsparteien würden mit diesen Gedankengängen auf die härteste Wagnerschaft in ihren Reihen stoßen. Was die Sozialdemokraten auf der einen Seite augenstens ihrer Auffassung in vermehrten Stimmen- und Mandatssätzen ergattern zu können glauben, würde auf der anderen Seite ausgewogen durch den ganz weisestlosen Zuwachs derer, die sich der Verwirklichung dieser sozialdemokratischen Pläne eben mit aller Kraft widersetzen. Es würde schließlich eine furchterliche Verfleischung im Janus unter der ungünstigen Parole „die Proletarient, hic Besitz“, einer Parole, die übrigens nach Lage der Dinge in den tatsächlichen Verhältnissen gar keine Inhaltspunkte hätte, Platz greifen, die Kunst wäre möglich erweitert und verlest, und man wäre letzten Endes wieder so sing wie zuvor! Denn die Sozialdemokraten, die eine derartige Katastrophen-Politik im Innern — etwas anderes ist es gar nicht — betreiben, müßten sich doch im Vor- und über die stärkste Rechenschaft geben, von denen sie glauben, daß nach vollzogener Wahlprozedur auch eine Bestimmung der Politik in ihrem Sinne irgend wie möglich wäre. Wo aber sind diese Kräfte? Wie deuten sich die Sozialdemokraten die Verwirklichung ihrer Absichten, wenn es nochmals darangeht, ernsthaft diese Probleme in Angriff zu nehmen. Oder ist es richtig, was man sich in eigeren politischen Kreisen zutraut, daß die Sozialdemokratie unter dieser Parole die Einigung der sozialistischen Parteien vollziehen zu können, und damit die Zeit für gekommen glaubt, die es der Sozialdemokratie erlauben würde, gegenüber der Front des Bürgertums die Front der vereinigten Sozialisten zu stellen?

der vereinigten Sozialisten zu stellen! Man wird im bürgerlichen Parteilager sehr gut tun, diesen Vorgängen die allererste Aufmerksamkeit zu widmen. Es sind Zeichen, die niemand schägen oder gar übersehen darf. Die Vorgänge lehren wieder, daß die Sozialdemokratie des parlamentarischen Systems nur insofern sich bedient, als sie dessen Ruppinie ist. Ist es der Sozialdemokratie um eine reine, klare Politik zu tun, dann muß sie darauf dringen, daß ihre Vertreter und Männer in der Regierung, wenn sie mit dem dort eingeschlagenen Kurs nicht einverstanden sind, aber überstimmt wurden, ausscheiden. Nachdem aber die sozialdemokratischen Minister diesen Schritt nicht vollzogen haben, kommen sie am die Mitverantwortlichkeit für das jetzt veröffentlichte Kreditprogramm der Reichsregierung, von welches sie ein Wiederum nicht herum. Das muß man der Sozialdemokratie mit aller Deutlichkeit zeigen. Daß es sich mit

wählen ist nichts anderes als ein Bluff, darauf berechnet, die bürgerlichen Parteien einzuschüchtern. In den bürgerlichen Parteien liegt es aber nun, derartige Machenschaften von vorn herein zu durchkreuzen, nicht allein dadurch, daß man sie andetzt, sondern, daß man dafür Sorge tragen würde, daß die Wahn der Sozialdemokratie, auf Grund des Ergebnisses von Reuwahlen sich zum Diktator des deutschen politischen und wirtschaftlichen Lebens aufzuhören scheine. Durch solche

Zu den Bemühungen, die auf eine Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien hinstreben, wird uns folgende

Schon seit längere Zeit findet zwischen der Mehrheit sozialdemokratie und den Umbildungen eine lebhafte Förderung über eine Einigung der beiden voneinander getrennten Gruppen statt. Die Organisationen im Parthe haben ganz auf sich heraus damit begonnen, die Führer sind ihnen darin nachgefolgt und schließlich haben sich auch die öffentlichen Organe veranlaßt gesehen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es darf bekannt genug sein, daß schon von den ersten Tagen der vorgenommen Spaltung es in beiden Gruppen Männer gegeben hat, die sich der Spaltung widerstellt haben, weil sie darin eine Schwächung der sozialistischen Stützpunkte erblickten; diese sind es gewesen, die immer wieder darauf hingewiesen haben, daß auf die Dauer ein Gegeneinanderarbeiten der beiden Richtungen unerträglich sei. Man erinnere sich hierbei vornehmlich an die in diesem Weise gehaltenen Reden des mehrheitssozialistischen Führers Scheidemann. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß für alle diese, die so dachten, ein Ziel und Streben im Mittelpunkt ihrer Wünsche stand: die Errichtung der sozialistischen Republik. Aus diesem Grunde wandte sie sich gegen jede auch nur die geringste Schwächung der sozialistischen Partei.

Auch heute noch ist dieses Ziel für die Wortsäherer der Wiedervereinigung zu verloren; denn schließlich war es in das Temperament, das beide Richtungen in der Frage der Freiheitung dieses Ziels so scharf aneinanderprallen ließ, wenn man von den Vorwürfen absiehen will, die von Seiten der NSP gegen die Arbeitersozialdemokratie und ihr Verhalten während des Krieges, so beispielsweise gegen ihre Stellung zu den Streitkrediten erhoben wurden. So schwiegen sich in den Mitteln zur Durchführung der Gedankenwelt ihrer praktischen Wege. Die Arbeitersozialdemokratie sah sich zur Stütze des demokratischen Staates genötigt, wenn sie überdauert die Republik erhalten wollte, da das Kräfteverhältnis in der Nation über australisch trog des zahlensmäßigen Anwachsens ihrer Mandate im allgemeinen zu ihren Ungunsten entschieden hatte. Die Unabhängigen dagegen gaben der Idee des klassenkampfes nach vor die extreme Auslegung, wenn sie sich darauf einstellt, dass nur der entschiedene und dauernde Kampf gegen das Bürgertum auch in den Parlamenten die Bewirksamung ihrer Wünsche bringen könne, in der Meinung, auf diesem Kampf beruhe die Stärke der Arbeiterklassen. Die Arbeitersozialdemokratie suchte legale Wege zur Bewirkung ihrer Ziele, die Unabhängigen gingen, ehe es zur Spaltung in ihren eigenen Reihen und zur Abwanderung der Kommunisten kam, die illegale Wege. Wenn nunmehr beide Parteiendirectionen sich aufsuchen nach Möglichkeiten und Wegen zu suchen, deren Endpunkt in der Wiedervereinigung liegen soll, so lassen sich zweifellos bestreitbare Gruppen von demjenigen Gedanken leiten, den der Kommissar einmal ausgedrückt hat, der darin auffiel, auf diese Weise „die Steuere der Republik alsbald nach links herum zu werfen“. Man ermahnt sich daher gegenseitig auch zur Einheitsfront und den treinären Streitigkeiten, um sicher das praktische Ziel wiederum mehr in den Vordergrund zu rücken. Auf diese Weise muss die Debatte über eine Wiedervereinigung von selbst in die Freiheit nach der Koalitionspolitik einmünden.

Aus den vielen Gegenjägen aber, die zweifellos im praktischen Taktieren bestehen, erzieht man, daß der Einigung noch große Hindernisse im Wege stehen. Dennoch aber hat die Partei von der Wiedervereinigung schon so viel weckende Kraft entwirkt, daß sie praktische Resultate zeitigen konnte. Diese und da haben sich zwischen Arbeitersozialdemokratie und USPD in den Einzelorganisationen Arbeitsgemeinschaften gebildet, ja besonders in den Städten und ihren Parlamenten. Arbeitsgemeinschaften, die nichts anderes zum Ziele haben als die Erhöhung des sozialistischen Einflusses vor der Bevölkerung. In der letzten Zeit nun war es allerdings mit diesen Bewegungen etwas stiller geworden. Nunmehr aber scheint die Debatte wieder aufzuleben. Zumindest ist es bemerkenswert, daß in Elberfeld-Vorinen zwischen den beiden sozialistischen Parteien ein Vertrag zustande gekommen ist, der eine Arbeitsgemeinschaft unter ihnen vorsieht. Die Spitze dieser Arbeitsgemeinschaft sollen je zwei Vertreter aus den Vorständen der der Arbeitsgemeinschaft angehörigen Parteien bilden. Zu diesem Vertrag wird auch das Ziel der gemeinsamen Arbeit deutlich zum Ausdruck gebracht: durch Ansammlung aller sozialistischen Kräfte soll ihre Stärk- und Abwehrkraft erhöht werden. Diese Erhöhung der Kraft soll eintreten bei all den Aktionen, die über das Interesse einer einzelnen Partei hinausgehen und darum gemeinsamer Natur sind und zwar vornehmlich, was die Arbeit in den Stadtverordnetenversammlungen angeht. Auch eine Pressekommission hat man aus beiden Teilen eingefestigt; durch sie sollen die Zeitungen beider Richtungen dazu angehalten werden, den Kampf nicht in verlebender Form zu führen. Nach dem gleichen Grundsache will man sich zünftig auch in den Versammlungen verhalten. Bedeutend ist ferner die Schlussparole nach der „die ganze Stärke muß möglichst gegen die bürgerlichen Parteien zu richten hat“.

Eine Abwehrung und leitende Erläuterung erhält die Bewegung aber neuerdings durch die Herausgabe einer Broschüre, die sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Sie stammt vom Wehrheitssozialisten Viktor Schiff und handelt über „Die notwendige Verständigung der Arbeitersklasse, Möglichkeiten und Voraussetzungen“. (Verlagsbuchhandlung „Vorwärts“.) Der Kern der Ausführungen Viktor Schiffs liegt zweifellos in der Feststellung, daß die absolute Einigung, also auch die Einigung mit der kommunistischen Partei, außerhalb des Bereiches

nächst darauf richten, in einer möglichst kurzen Zeit das Maximum an Einigung, das möglich sei, in die Wirklichkeit umzusetzen. Dieses bestehe jedoch in einer Einigung zwischen SBD und USPD. Auch Schiff stellt die Frage des Zusammenganges mit den bürgerlichen Parteien in den Mittelpunkt als diejenige Frage, um die sich das ganze Problem dreht. Er verteidigt dabei die Haltung der Rechtssozialdemokratie, nennt es eine kommunistische Despotenpolitik, das Steuer des Staates über den Regierungsparteien zu überlassen, als selber aus den unentwegten Opposition heranzutreten und stellt seinerseits fest, daß die Unabhängigen schon mit der Unterföhrung des Kabinett-Wirth diese ihre Ansicht bereits aufgegeben hätten. In gleicher Weise beschäftigt sich auch der Leiter des rechtssozialistischen Parteibüros in Potsdam, Rausch, in einer Broschüre mit der Frage „Republikanische Verantwortung, der Zwang der Koalitionspolitik“. Auch Rausch betont die Notwendigkeit der Koalitionspolitik, die im Interesse der Republik zu leisten sei. Besondere Beachtung verdienen darin seine Ausführungen über ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Diese Idee ist nach seiner Ansichtung eine rein partizipative Angelegenheit; er kommt schließlich zu dem Resultat, daß wenn das Ziel der Linkskoalition nicht erreichbar sei, es einen schweren Fehler bedeute, das Amt den Rechtsparteien vollkommen zu überlassen. Man darf aus diesen Anerkennungen wohl daraus schließen, daß auch er die Stellung seiner Parteifreunde in Preußen nicht billigt.

Auch das unabhängige Denktoleration, die Berliner „Freiheit“, greift neuerdings wieder in die Debatte ein. Sie wendet sich mit erheblicher Schärfe gegen den mehrheitssozialistischen Reichstagsabgeordneten Beims, den Oberbürgermeister von Magdeburg und Inhaber verschiedener anderer Vertrauensstellungen in der SPD. Es ist bezeichnend für ihre Ansicht in der ganzen Frage, daß sie deshalb gegen ihn auskommt, weil er sich gegen eine Einigung beider Gruppen wendet. Dadurch dokumentiert die „Freiheit“, daß sie gewillt ist, den Einigungsbemühungen zu dienen. Wir sehen in volle Deutlichkeit, daß auf beiden Seiten die Kräfte am Werke sind, um systematisch und zielbewußt den Einigungsbemühungen die Wege zu ebnen. Für die USPD ist es dabei zweifellos eine Gleichzeitung, wenn sie bekanntlich in Hölle ihre radikalsten Elemente an die Kommunistische Partei abstoßen hat und ihr dadurch eine gewisse Reisignierung in ihren eigenen Kreisen geblüht ist. Man soll die Bedeutung dieser Bewegung für das gesamte Partei Leben und die politische Entwicklung in keiner Weise unterschätzen.

Die Regierung und die neuen Lohnforderungen

Berlin, 23. August. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen der Beamten und Arbeiter fanden zunächst unter Vorsitz des Reichskanzlers und im Beisein des Reichsverkehrsministers und des Reichspostministers Wiesbert statt, die in längeren Ansprechungen die politische und wirtschaftliche Lage des Reiches diskutierten. Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Reichskanzlers eröffnet, in der er, ohne vorauszuhin zu sein, doch mit Rücksicht auf die außerordentlich schwierige Lage des Reiches hinzufügte: Er freiste auch die obersteilreiche Frage und sprach die Hoffnung aus, daß die Entscheidung des Volkerbundes es Deutschland ermöglichen werde, seinen Verpflichtungen nach Kräften nachzukommen. Darauf ging er auf die Forderungen der einzelnen Organisationen ein. Die Befriedigung der Ansprüche, die von den Eisenbahner und einem Teil des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhoben worden sind, würden eine Mehrbelastung von 14 Milliarden betragen. Für die Gehaltswünsche, die der Deutsche Beamtenbund aufstellt, seien sogar 16 bis 18 Milliarden erforderlich. Weder für die eine noch für die andere Forderung sei Festina vorhanden.

Hierauf sprach Reichsverkehrsminister Bödner vor die Bevölkerung voran und erläuterte die Voraussetzungen für den Betrieb der Eisenbahnen. Am Abend und am Morgen habe die leichte Tariferhöhung nicht die alten Verkehrsbewegungen gezeitigt, die vielfach bestimmt wurden. Der Personenzugverkehr sei befriedigend. Dagegen seien die Fahrtentfernung aus dem Güterverkehr wesentlich zurückgegangen. Dieser Umstand sei einmal dadurch hervorgerufen, daß die Bergarbeiter im Rahmen des Überörtlichenabkommen tändigten, so daß täglich 3000 Eisenbahnwaggons weniger verladen werden, als das seit der Rekonstruktion. Noch schlimmer sei der Anfall, den die Eisenbahnen durch Überbleibesel nunmehr seit Wochen durch die polnischen Wagen erleiden. Zufolge dieser Wagen werden dort jetzt täglich über 8000 Waggons weniger befördert, als im Vorjahr angekündigt. Weiter müsse die Eisenbahn mit neuen und erheblichen Ausgaben rechnen. Die neue Materialbeschaffung, die etwa 10 Prozent betrage, erfordere Neuanwendungen von rund 1 Milliarde. Hierzu fännen von noch anderen Betriebsausgaben etwa in gleicher Höhe, so daß das Defizit für 1921 sich nicht in so engen Grenzen bewegen werde, als man im Etat angenommen hat. Aufgabe der neuen Beamtenforderungen und der Gehöhnungen der Arbeitnehmer könne es auch wahrscheinlich seine Absicht, das Defizit bei den Reichseisenbahnen bis zum April 1923 zu befeistigen, nicht durchdringen. Aus allen diesen Gründen habe man im Reichsverkehrsministerium bereits an eine neue Tariferhöhung gedacht, die sich auch wohl fassen werde umzusetzen. Zu gleichem Rahmen bewegten sich die Ausführungen des Reichspostamtes Weißeritz, der erklärte, daß die Post einen ungebetenen Fehlbetrag von über 2 Milliarden aufweise, der unbedingt befeistigt werden müsse. Er hatte deshalb eine Erhöhung aller Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren im Verhältnis von 1:10 für notwendig, so daß also ein Brief kostiglich 1 Mk. kosten würde. Weiterhin müsse eine erhebliche Erhöhung der Telegrammgebühren durchgeführt werden, da dieser noch niemals rentable Betrieb jetzt ganz besondere Anwendungen erfordere. Das Personal müsse seinerseits alles tun, um den unhaltbaren finanziellen Vermögenszustand zu machen.

Dann gab Geheimrat Schlemmer vom Finanzministerium die Bevölzungsvorrichtungen der Regierung bekannt. Er teilte mit, daß die Neubildung Maßnahmen treffen werde, um alle noch ausstehenden Forderungen aus der Bevölzungsvorordnung den Beamten sofort zu erstatten. Ferner sei